

Aus der internationalen sozialistischen Bewegung

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **50 (1971)**

Heft 11

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-338423>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Aus der internationalen sozialistischen Bewegung

Eine neue sozialistische Partei in Indien

Es ist eine Ironie der Geschichte, dass die indischen Wahlen vom März 1971 dem von Indira Gandhi geführten Flügel der Kongresspartei mit einem ausgesprochen sozialistischen Programm einen grossen Sieg brachten und zugleich die beiden deklariert sozialistischen Parteien Indiens vollkommen dezimierten. Die der Sozialistischen Internationale angeschlossene Praja Socialist Party, die von allen indischen Parteien noch am stärksten den Charakter einer europäischen sozialdemokratischen Partei trug, ging von 17 Sitzen im indischen Parlament auf zwei zurück. Dabei war bis dahin der Einfluss dieser Partei weit grösser gewesen, als es ihrem Mandatsstand von 17 unter 520 entsprochen hätte. Die radikalere Samjukta Socialist Party (Samjukta bedeutet Freiheit) sank von ebenfalls 17 Mandaten im Parlament auf drei herab. Sie hat allerdings in den Parlamenten der indischen Gliedstaaten eine stärkere Vertretung als die PSP und behält sie zumindest bis zu den wahrscheinlich 1972 fälligen Neuwahlen in die Staatsparlamente. Die Wahlniederlage der beiden Parteien war offenkundig nicht so sehr auf Ablehnung ihrer sozialistischen Zielsetzungen durch die Wählerschaft zurückzuführen als auf deren Glauben, dass Indira Gandhis Kongresspartei weit stärkere Aussichten auf deren Verwirklichung biete. Jedenfalls hat die gemeinsame Wahlniederlage die durch Jahre anhaltenden Versuche, zunächst zu einer Annäherung und dann zu einer Verschmelzung der beiden Parteien zu kommen, wesentlich beschleunigt. Sie waren aber trotzdem recht schwierig, und es ist nicht unbedingt sicher, dass die jetzt von den beiden Parteien beschlossene Verschmelzung in Form einer einheitlichen neuen Partei, die sich Sozialistische Partei nennt, von Dauer sein wird. Die PSP hat immer daran gelitten, dass sie keine klare, eindeutige Stellungnahme zur herrschenden Kongresspartei einzunehmen vermochte. Sie hat sie dort unterstützt, wo Indira Gandhi sozialistische Forderungen, wie die Bankenverstaatlichung, verwirklichte, und sie ist dort von ihr abgerückt, wo sie ein Abweichen von der Politik der Blockfreiheit Indiens sah, nämlich in der von ihr beanstandeten zu starken indischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Auch war sie nicht glücklich darüber, dass Indira Gandhi dem Staat Israel immer wieder die kalte Schulter zeigte. Die SSP hingegen war nicht bereit, zuzugeben, dass Indira Gandhi in irgendeiner Weise sozialistische Grundsätze zu verwirklichen bestrebt ist, und sie verwendete alle ihre Energie darauf, ihren Sturz zu unterstützen, wobei sie als betont linkssozialistische Partei sogar vor einer Zusammenarbeit mit den weit rechts stehenden Gegnern der Regierung Indira Gandhis nicht zurückschreckte.

Das ist nun vorbei, und die indischen Sozialisten versuchen, ihre Bewegung neu und einheitlich aufzubauen. Die zwischen den beiden Parteien abgeschlossene Abmachung über die Verschmelzung war aber nur dadurch zustande zu bringen, dass die PSP der SSP zugleich ideologische Konzessionen machte. Sie beinhaltet eine Absage an die Kongresspartei und ruft nach einer Einheit aller demokratischen Sozialisten auf dem Boden einer echten Verpflichtung zum demokratischen Sozialismus, wozu der Zusammenschluss der beiden Parteien ein unerlässlicher Vorläufer sein soll. Eine der Forderungen der vereinten Partei wird die Beseitigung des Kastensystems und der bestehenden Klassenunterschiede sein, und besonderer Nachdruck wird auf die Gleichberechtigung der bisher benachteiligten Minderheiten, wie der «Unberührbaren», gelegt. Die Abmachung übernimmt auch aus der Ideologie der SSP die Feindschaft gegen die Beibehaltung des Englischen als Mittlersprache zwischen den einzelnen Indien bewohnenden Sprachgemeinschaften. Die Hindu sprechenden Staaten sollen nur Hindi und in ihrer Korrespondenz mit indischen Staaten, die diese Sprache nicht verstehen, deren Sprache benützen. Diese Staaten sollten sich entweder für ihre eigene Sprache oder für Hindi entscheiden, und Englisch dürfe höchstens für eine Übergangsperiode als Vermittlungssprache zugelassen bleiben. Über die Kongresspartei Indira Gandhis sagte die Erklärung, dass sie «trotz ihren Bekenntnissen zum Sozialismus eine Partei des Status quo und des Kapitalismus ist, und sich nicht einmal in der Lage befindet, grundlegende strukturelle Änderungen der Gesellschaft auch nur in Angriff zu nehmen». Mit der gleichen Entschiedenheit werden die beiden kommunistischen Parteien des Landes abgelehnt. Andere demokratisch-sozialistische Gruppen werden eingeladen, sich mit der neuen Partei zu vereinigen. Der Vorsitzende der neuen Partei wird der bisherige Vorsitzende der SSP, Karpoori Thakur, sein und ihr Generalsekretär Dandavate von der PSP.

Die fröhlichen Gesichter, die täglich in der Reklame erscheinen, sehe ich in der Wirklichkeit kaum; wir leben in einer Konsum-Galeere. Nur so erhält sich die wirtschaftliche Macht der Inhaber. Die Angst, wie es denn weitergehen soll, kommt ungern zur Sprache; das eben kennzeichnet die Angst. Die Inhaber der wirtschaftlichen Macht selber, die grossen und die kleineren, wissen es nicht; sie wissen bloss: jeder Versuch einer wirklichen Lösung unserer nationalen Probleme kostet sie ihre bisherigen Vorrechte. Und es fällt schwer, Vorrechte aufzugeben aus Vernunft.

Max Frisch
